

Offener Brief an die Handels- und Aussenminister/innen der EFTA-Staaten

An:

- Dag Terje Andersen, Handels- und Industrieminister (Norwegen)
- Doris Leuthard, Bundesrätin, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (Schweiz)
- Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, Aussenministerin (Island)
- Rita Kieber-Beck, Aussenministerin (Fürstentum Liechtenstein)

Kopie zur Kenntnis an:

- zuständige Ministerinnen und Minister / Regierungen von Peru, Kolumbien, Indien und Indonesien
- Jonas Gahr Støre, Aussenminister (Norwegen)
- Erik Solheim, Minister für internationale Zusammenarbeit (Norwegen)

Freihandelsabkommen der EFTA mit Entwicklungsländern

Sehr geehrte Damen Ministerinnen,
Sehr geehrte Herren Minister,

Wir sind über die Absicht der EFTA-Staaten, weitere bilaterale Freihandelsabkommen mit ausgewählten Entwicklungsländern zu verhandeln und abzuschliessen, beunruhigt. Dies betrifft insbesondere die in naher Zukunft mit Kolumbien, Indien, Indonesien und Peru beginnenden Verhandlungen.

Die Unterzeichnenden – Organisationen der Zivilgesellschaften in den EFTA-Staaten, in Kolumbien, Indien, Indonesien und Peru, die weltweit von Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt werden – drücken mit diesem Brief ihre Bedenken und ihren Widerstand aus gegenüber Freihandelsabkommen, wie sie sowohl die EFTA-Staaten, aber auch die EU und die USA anstreben. Diese bilateralen Freihandelsabkommen gehen weit über die bestehenden WTO-Abkommen hinaus. Dies ist aus früheren EFTA-Abkommen klar ersichtlich – mit dem Ergebnis einer noch stärkeren, den Partnerländern aufgezwungenen Liberalisierung.

Die folgenden, von den EFTA-Staaten vorgesehenen Themen, sind von besonderer Tragweite:

Keine Negativlisten im Dienstleistungsbereich

Die Schweizer Regierung setzt sich bei der Verhandlung zukünftiger bilateraler Freihandelsabkommen im Dienstleistungsbereich für einen so genannten Negativlistenansatz ein. Würde einem solchen Ansatz zugestimmt, müssten die Entwicklungsstaaten der Öffnung aller Dienstleistungssektoren zustimmen, es sei denn, ein Land bedingt sich ausdrücklich einen Vorbehalt aus. Bei einer Positivliste hingegen, wie sie die WTO vorsieht, wird ein Dienstleistungssektor nur geöffnet, falls ein Land diesen Wirtschaftszweig ausdrücklich erwähnt. Bei einer Negativliste sind auch neuartige Dienstleistungen, die sich erst nach der Verhandlung eines Freihandelsabkommens entwickeln – so z.B. im Finanz- oder Informationstechnologiebereich – automatisch dem Freihandelsabkommen unterstellt, da sie ja bei der Verhandlung des Freihandelsabkommens nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden konnten. Negativlisten decken den Dienstleistungssektor viel vollständiger ab als Positivlisten. Für die Unterhändler/innen wird es daher schwieriger, eine ausgedehnte Ausnahmen-Liste zu bewahren. Eine weitgehende Öffnung des Dienstleistungssektors hat gravierende Auswirkungen auf die Möglichkeiten eines Staates, Regulierungen wie Gesetze oder Verordnungen zu erlassen. Sozial- und Umweltvorschriften werden immer mehr als reine Handelshemmnisse wahrgenommen. In allen betroffenen Dienstleistungszweigen – wie z.B. dem Tourismus – können Staaten zur Anpassung ihrer Gesetzgebung gezwungen und

die Einführung neuer Bestimmungen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung verhindert werden.

Wir lehnen daher Negativlisten für den Dienstleistungssektor ab. Denn kein Land kann die Folgen eines vollständig geöffneten Dienstleistungssektors voraussehen und alle nötigen zukünftigen Ausnahmen bereits im Voraus festlegen. Wird ein derartiger Ansatz gewählt, würden die Entwicklungsländer den nötigen Freiraum für die Gestaltung einer Dienstleistungspolitik zu Gunsten ihrer eigenen Bevölkerung verlieren.

Zudem kann eine zu rasche Öffnung des Dienstleistungssektors zu einem Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz führen, denn die von ausländischen Dienstleister/innen erbrachten Dienste (z.B. Versicherungen, Erziehungswesen, Autowaschen) bringen zumeist keine Devisen ein, da sie auf lokaler Ebene konsumiert werden. Wird auch noch der freie Kapitaltransfer garantiert, dürfen die ausländischen Dienstleistungserbringer ihre Gewinne ausser Land bringen. Dies wiederum führt zu einer grösseren volkswirtschaftlichen Instabilität in den Entwicklungsländern.

Kein Druck für die weitere Liberalisierung der Finanzmärkte

Die EFTA-Staaten verlangen auch die Liberalisierung des Finanzsektors und insbesondere einen besseren Zugang zu Versicherungs- und Bankdienstleistungen. Die Regulierungen im Finanzsektor sollen auf Wunsch der EFTA-Staaten aufgehoben werden. Die Schweiz (und Liechtenstein) erwarten von den Entwicklungsländern, dass sie ein Rahmenabkommen für den Finanzsektor unterschreiben, das zumindest der "Vereinbarung über Verpflichtungen bei Finanzdienstleistungen" (Understanding on Commitments in Financial Services) des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS entspricht. Bisher haben erst rund 30 Staaten (zumeist Industrieländer) diese besondere GATS-Verpflichtung unterzeichnet. Im Unterschied zu den sonstigen im GATS üblichen Positivlisten enthält diese Verpflichtung eine Negativliste. Dies bedeutet, dass das Unterzeichnerland gezwungen ist, das gesamte Angebot des Finanzsektors zu liberalisieren. Dies umfasst auch alle zukünftigen Finanzdienstleistungen. Daher müssen die unterzeichnenden Staaten die Bestimmungen aufheben oder einschränken, die – um es in der offiziellen Handelssprache auszudrücken – «negative Auswirkungen auf die Finanzdienstleistungserbringer eines anderen Mitgliedstaates haben könnten» und «diese Finanzdienstleistungserbringer daran hindern könnten, alle im Mitgliedstaat erlaubten Finanzdienstleistungen zu erbringen.»

Wie verschiedenste Erfahrungen seit Mitte der neunziger Jahre aufgezeigt haben, gibt dieses Ersuchen Anlass zur Sorge, denn die Konkurrenzierung durch ausländische Banken kann die einheimischen Finanzinstitute schwächen. So ziehen die ausländischen Banken v.a. die reicheren Schichten an, ohne aber den Klein- und Mittelunternehmen, den Frauen und der Landbevölkerung Zugang zu günstigen Krediten zu sichern. Die EFTA-Länder sind auch an der Aufhebung aller Kontrollmechanismen der Kapitalflüsse interessiert. Dabei übersehen sie, wie wichtig eine solche Kontrolle für Länder wie z.B. Thailand ist. Spätestens seit der Asienkrise ist bekannt, dass der rasche Zustrom an ausländischem Kapital häufig Spekulationsblasen am Aktienmarkt auslöst, was wiederum zu einem unkontrollierten Preisanstieg der Anlagewerte führen kann. Das schnelle Ansteigen der Anlagewertepreise verstärkt die Ungleichheiten zwischen ärmeren und reicheren Schichten. Ausserdem wird ein Land mit einem deregulierten Kapitalmarkt in Mitleidenschaft gezogen, falls andere Länder in eine Finanzkrise geraten.

Selbst Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und viele Zentralbanken, die grundsätzlich eine Marktöffnung befürworten, betonen immer wieder, dass die Staaten zu allererst über Institutionen und Regulierungsnormen verfügen sollten, um wirksam die Bankentätigkeiten beaufsichtigen zu können. Und nicht zu vergessen: Bisher sind noch keine internationalen Mechanismen zur Verhütung und Bewältigung von Krisen eingerichtet worden – obwohl dies nach der Asienkrise von allen Akteuren verlangt worden war.

è Die Unterzeichnenden dieses Briefes fordern die EFTA-Staaten auf, weder Negativlisten im Dienstleistungssektor noch die Liberalisierung des Finanzsektors zu verlangen, solange keine Verbesserungen in der globalen Struktur des Finanzsektors und bei der Überwachung des Bankenwesens in den Schwellen- und Entwicklungsländern erreicht worden sind.

Keine Investitionsabkommen, die zu einer Ausdehnung der Rechte der Investoren führen

Obwohl die Entwicklungsländer Investitionsklauseln im Rahmen der WTO klar verworfen haben, drängen die EFTA-Staaten weiterhin darauf. Das angestrebte Investitionsmodell erhöht die Gewinne der transnationalen Grossunternehmen und beschneidet die Rechte der Regierungen. Dabei ist es die Pflicht der Regierungen dafür zu sorgen, dass die Investitionen breiteren Gesellschaftsschichten zugute kommen und die Frauen besser berücksichtigt werden. Nur so kann die Armut gelindert werden. Regierungen, die die oben genannten Investitionsklauseln akzeptieren, geben auch andere wichtige Entwicklungsinstrumente aus der Hand, so z.B. das Prinzip, dass ausländische Investoren einen bestimmten Anteil an einheimischen Gütern zu verwenden haben. Dank der Abkommen können Investoren vom betreffenden Staat eine Entschädigung verlangen, falls eine darin enthaltene Klausel verletzt wird. Die Entschädigung wird durch ein Schlichtungsverfahren zwischen „Investor und Staat“ ermittelt. Mit diesem Verfahren wird der Instanzenweg über die einheimischen Gerichte umgangen und Regierungen direkt bei einem internationalen Gericht angeklagt. So wurden nach der Annahme des NAFTA-Abkommens die Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada in mehr als zwanzig Fällen von Unternehmen auf Entschädigungen von mehreren Milliarden Dollar verklagt – wohlgemerkt wegen demokratisch beschlossener Bestimmungen u.a. im Umweltbereich. Vor dem Zentrum der Internationalen Konvention zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) sind im Moment mehr als 100 Fälle gegen 40 Länder hängig.

è Die Unterzeichnenden dieses Briefes verlangen, dass die EFTA-Staaten von ihren Partnerländern keine Investitionsklauseln, die die Rechte der Investoren ausdehnen, erwarten. Die Regierungen sollten vielmehr über Wege nachdenken, die Investoren zu bewegen, ihre Verantwortung besser wahrzunehmen. Alle Länder sollen die Möglichkeit erhalten, von den ausländischen Investoren zu verlangen, sich den Bedürfnissen und den wirtschaftlichen Prioritäten des Gastlandes anzupassen. Die Investoren haben Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Aktivitäten gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft der Gastländer zu tragen. Dabei ist der Gleichberechtigung der Geschlechter besondere Beachtung zu schenken.

Die EFTA-Staaten sollen keine TRIPS-plus-Bestimmungen im Heilmittelbereich verlangen

Die EFTA-Staaten und die USA drängen die Entwicklungsländer, in ihre Gesetzgebung eine *fünf- bis zehnjährige Ausschliesslichkeitsklausel für den Schutz der Versuchsdaten für die Zulassung von Medikamenten* aufzunehmen. Dies ist eine der schädlichsten TRIPS-plus-Bestimmungen im Gesundheitsbereich und wird von uns entschieden abgelehnt. Der Schutz der Versuchsdaten würde gelten, selbst wenn das Medikament nicht patentiert ist oder einer Zwangslizenz untersteht. Während des Zeitraumes, in dem die Daten geschützt sind, können die Behörden, wenn sie ein Generikum bewilligen wollen, nicht automatisch auf die Ergebnisse der klinischen Versuche der Herstellerin des Originalprodukts zurückgreifen. Dadurch wird die schnelle Markteinführung eines Generikums verhindert. Zudem verlangt die EFTA eine *Ausdehnung der Patentrechte um fünf Jahre*, um so „unvernünftige“ Verzögerungen bei der Zulassung des Produkts auszugleichen. Dieser Punkt ist auslegungsbedürftig und wird die Einführung von Generika um bis zu fünf Jahre nach dem normalen Verfall des Patents verzögern. Wir befürchten auch, dass die EFTA-Staaten die Einführung von *Patenten für neue Anwendungen bereits bekannter Pharma-Wirkstoffe* verlangen. So könnten neue Patente erteilt und damit Monopole auf bestehende Heilmittel verlängert werden. Dies,

obwohl kein Anlass für diese Rechtsabänderung besteht, denn das TRIPS-Abkommen schreibt keine solche Klausel vor. Die Britische Kommission über die Rechte an geistigem Eigentum betonte bereits 2002, dass die Industrieländer bedenken sollten, dass die Förderung der Forschung solche Ansprüche in ihren Ländern vielleicht rechtfertige, aber dass für die meisten Entwicklungsländer mit nur beschränkten Forschungskapazitäten die Kosten den Nutzen überwiegen dürften.

Die oben genannten Bestimmungen gehen weit über die TRIPS-Verpflichtungen hinaus. Sie stärken einseitig die Monopolrechte der Pharmaindustrie – zum Nachteil der Patient/innen. Ihr Ziel ist es, die Konkurrenz durch Generika zu verhindern oder zumindest zeitlich zu verzögern. Dabei hat sich im Fall der Behandlung von HIV/AIDS klar gezeigt, dass dank der Konkurrenz durch Generika die Medikamentenpreise stark gesunken sind und damit die Heilmittel für viele Kranke erschwinglich wurden. Dies trifft insbesondere für die Entwicklungsländer mit ihren beschränkten Ressourcen zu. Indem sie versuchen, TRIPS-plus-Bestimmungen durchzusetzen, verstossen die EFTA-Staaten gegen Geist und Buchstaben der von ihnen im November 2001 angenommenen Doha-Erklärung über das TRIPS-Abkommen und die öffentliche Gesundheit. In dieser Erklärung steht, dass jedes Land „das Recht hat, die öffentliche Gesundheit zu schützen und insbesondere den Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Heilmitteln zu fördern.“ Die weiterreichenden Wünsche der EFTA-Staaten widersprechen der Empfehlung 4.26 der Kommission über das Geistige Eigentum, Innovationen und öffentliche Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation. Gemäss der Kommission „sollen bilaterale Handelsabkommen keinen TRIPS-plus-Schutz, der den Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern beschränkt, enthalten.“ Die EFTA-Staaten sollten ihrer Verpflichtung, das Recht auf Gesundheit anderer Länder zu achten, nachkommen. Dies bedeutet auch, dass die EFTA-Staaten sicherzustellen haben, dass die von ihnen abgeschlossenen Handelsabkommen sich nicht nachteilig auf das Recht auf Gesundheit auswirken.

Die EFTA-Staaten sollen keine TRIPS-plus-Bestimmungen im Landwirtschaftsbereich verlangen

Die EFTA-Staaten drängen die Entwicklungsländer, einen *Schutz* anzubieten, der *mindestens dem UPOV-Abkommen¹ von 1978* entspricht. Es ist allerdings zweifelhaft, ob ein Schutzsystem wie das UPOV, das von den Industrieländern zum Schutz ihrer eigenen Landwirtschaft entwickelt wurde, den Entwicklungsländern nützt. Die EFTA-Staaten versuchen mit dieser Regelung die im TRIPS-Abkommen noch bestehende Flexibilität einzuschränken.

Uns beunruhigt zutiefst, dass die EFTA-Staaten von den Entwicklungsländern verlangen, *Patente auf biotechnologische Erfindungen zu bewilligen*. Dies geht weit über die TRIPS-Verpflichtungen hinaus, da „biotechnologische Erfindungen“ auch Tiere und Pflanzen einschliessen. Patente auf Saatgut oder biotechnologische Erfindungen werfen Probleme auf, weil ihre Durchsetzung die Rechte der Landwirt/innen (insbesondere das Recht zur Verwendung der eigenen Ernte für die neue Aussaat) und das Recht der Züchter/innen auf freien Zugang zu genetischen Ressourcen für die Weiterzucht einschränken. Eine Stärkung der Rechte an geistigem Eigentum zerstört die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft.

Die meisten Entwicklungsländer stehen vor grossen Herausforderungen bezüglich der Ernährungssicherheit und Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung. Bestimmungen über das geistige Eigentum in den Freihandelsabkommen haben direkte Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung und auf die Gesundheit weiter Bevölkerungskreise.

è Die Unterzeichnenden dieses Briefes verlangen, dass die Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Entwicklungsländern keine Bestimmungen über

¹ UPOV-Abkommen = Sortenschutzabkommen

die Rechte an geistigem Eigentum enthalten. Falls alle Parteien sich einig über den Schutz geographischer Herkunftsbezeichnungen sind (einschliesslich der Ursprungsbezeichnungen) können hierfür Ausnahmen gewährt werden, da diese Bezeichnungen keine negativen Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung mit sich bringen.

Industriegüter, Verarbeitungserzeugnisse und natürliche Ressourcen

Die EFTA-Staaten erhoffen sich, durch die bilateralen Abkommen das zu erhalten, was sie durch die WTO-Mechanismen bisher nicht erreichen konnten: einen besseren Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer für ihre Industriegüter (Maschinen, Werkzeuge, Ausrüstungsgüter, Instrumente, Zeitmesser, Erzeugnisse der Pharma- und chemischen Industrie, Lebensmittel usw.). Die EFTA-Staaten bieten den Entwicklungsländern, mit denen sie verhandeln, an, ihre Zölle vom ersten Tag ab Inkrafttreten des Abkommens auf Null für alle Industriegüter und Verarbeitungserzeugnisse zu senken. Als Gegenleistung verlangen sie einen stark verbesserten Marktzugang in den Partnerländern. Da die Zölle der Entwicklungsländer im Durchschnitt viel höher als diejenigen der EFTA-Länder sind (30 % gegenüber 4%) wäre deren Zugeständnis viel grösser. Die EFTA-Staaten sind zwar im Prinzip bereit, ein gewisses Mass an Asymmetrie zuzulassen (sprich längere Übergangszeiten und Ausnahmen für „sensible Waren“), doch sie drängen zugleich auf eine schnelle Liberalisierung. Tatsächlich beträgt die maximale Länge der Übergangszeiten zehn Jahre und jede Ausnahmeregelung enthält eine Überprüfungsklausel.

Es steht viel auf dem Spiel. Es handelt sich um nicht weniger als die Fähigkeit der Entwicklungsländer, die von ihnen frei gewählten besten Strategien zur Gesamtentwicklung und zur Industrialisierung umzusetzen. Beides sind wesentliche Bestandteile einer wirksamen Bekämpfung der Armut. Sollten die Entwicklungsländer jeglichen Schutz an ihrer Grenze aufgeben, werden sie nicht länger im Stande sein, bestimmte bedrohte Wirtschaftszweige zu schützen oder eine Diversifizierung zu fördern. Der Abbau der Zölle wird auch sinkende Steuereinnahmen nach sich ziehen - mit den bekannten negativen Folgen auf den Staatshaushalt (Gesundheit, Erziehung, Infrastrukturen) und die Zahlungsbilanz.

Zu den Wirtschaftszweigen, die einer rascheren und vollständigeren Liberalisierung unterworfen würden, könnten Holz- und Waldprodukte, Fischereiprodukte, Energieressourcen (Erdöl, Erdgas, Mineralerze) gehören. Die radikale Liberalisierung des Handels in diesen Wirtschaftszweigen würde sich verheerend auswirken. Bereits heute werden diese Ressourcen, auf die die Bevölkerung für ihr Auskommen angewiesen ist und die wesentlich für das Klima und die Biodiversität sind, übernutzt.

è Die Unterzeichnenden dieses offenen Briefs fordern, dass die Prinzipien der „weniger als vollständigen Gegenseitigkeit“ und der „differenzierten und besonderen Behandlung“ einen Bestandteil aller Verhandlungen bilden. Auf keinen Fall sollten die Entwicklungsländer genötigt werden, Verpflichtungen einzugehen, die nachteilig für ihre Entwicklungsbedürfnisse oder ihre besondere Situation sind. Die Vorschläge für die Marktöffnung für Industriegüter sollten bezüglich der Auswirkungen auf die Entwicklungsziele und die Umwelt gründlich überdenkt werden. „Umweltgüter“ wie Holz, Fischereiprodukte und Energieressourcen sind von den Verhandlungen auszuschliessen.

Die Unterzeichnenden sind über den EFTA-Vorschlag, neue Freihandelsabkommen mit Kolumbien, Indien, Indonesien und Peru verhandeln zu wollen, sehr beunruhigt. Bisher wurde die Öffentlichkeit nur sehr spärlich über diese Verhandlungen informiert. Die Beratungen wurden totgeschwiegen. Wir bitten Sie dringend, unsere Anliegen in Ihre Überlegungen einzubeziehen. Unsere Anliegen werden von Organisationen der Zivilgesellschaft aus allen betroffenen Ländern und von Organisationen der Zivilgesellschaft weltweit unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrieben von Organisationen der Zivilgesellschaften in den EFTA-Staaten, in Kolumbien, Indien, Indonesien und Peru:

Schweiz

- Marianne Hochuli, Erklärung von Bern
- Bastienne Joerchel, Alliance Sud

Indien

- Kavaljit Singh, Public Interest Research Centre New Delhi
- Vidya Rangan, Equations
- B.K. Keayla, National Working Group on Patent Laws
- Suman Sahai, Gene Campaign

Indonesien:

- Bonnie Setiawan, The Institute for Global Justice IGJ
- Erix Hutasoit, Youth Association of Huria Kristen Indonesia HKI

Liechtenstein:

- Regula Mosberger, Liechtenstein Association for Environmental Protection
- Robert Allgäuer, Wir Teilen: Fastenopfer Liechtenstein
- Gerda Bicker, Verein Welt und Heimat
- Michael Stranzl, Verein für humanitäre Hilfe e.V.

Norwegen:

- Morten Eriksen, Norwegian Forum for Environment and Development

Peru:

- Roberto López Linares, Acción Internacional para la Salud - Latina America
- Francisco Ercilio Moura, Capítulo Peruano de la Plataforma Interamericana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo PIDHDD
- Antolín Huáscar Flores, Confederación Nacional Agraria del Perú -CNA
- Roberto Martínez Pérez, Asociación Nacional de Maestros en Educación Bilingüe Intercultural (ANAMEBI Perú)

Unterstützende Organisationen in den betroffenen Ländern

Indien:

- Bharat Krishak Samaj
- CryNetCollective
- Initiative for Health Equity & Society
- Madras Christian Council of Social Services
- mines, minerals & PEOPLE
- Samata

Indonesien:

- The Methodist University of Indonesia
- Medan Student Union
- The Christian Student Solidarity Community Association of Economic Faculty University of Medan Area
- Yayasan Lembaga Konsumen Indonesia - YLKI

Kolumbien

- Asociación Social Comunidad y Vida
- Asociación de comunidades eclesiales del sur – acosur
- Campaña Nacional por el Derecho a la Alimentación
- Comisión Intereclesial de Justicia y Paz de Colombia
- Comunidades Eclesiales de Base y grupos cristianos
- Comunidad ecuménica colombiana de enfermeras cristianas
- Comisión interfranciscana de justicia, paz y reverencia con la creación
- Fundación IFARMA
- Fundación Misión Salud
- Fundación progresar
- Grupo Semillas
- Movimiento continental de cristianos/as por la paz, con justicia y dignidad
- Proyecto justicia y vida
- Red Colombiana de Acción frente al Libre Comercio y el ALCA - RECALCA

Norwegen:

- attac Norway
- Campaign for the Welfare State
- Church of Norway
- The Development Fund
- The Future in Our Hands
- The Norwegian Church Aid
- The Norwegian Council for Africa
- Rainforest Foundation Norway

Peru:

- Acción Internacional de Conades (Conferencia Nacional de desarrollo Social)
- Alianza-Desc
- Campaña Desafío Miqueas Región Andina
- Conacami
- Confederación Campesina del Perú (CCP)
- Coordinadora Andina - CAOI
- Coordinadora Nacional de Participación y Control Ciudadano
- Corporación Ecológica y Cultural Penca de Sábila
- FEMUCARINAP
- Foro Regional de Juventudes Lima
- Grupo Género y Economía
- Instituto Puneño de Cultura Andina y Desarrollo Jilata
- Latindadd (Red Latinoamericana sobre Deuda, Desarrollo y Derechos)
- La Marcha Mundial de las Mujeres
- Movimiento Socialista Saphichay
- Plataforma Nacional de Juventudes
- Red Jubileo Perú
- Rondas Campesinas

Schweiz:

- Action de Carême / Fastenopfer
- Aktion Finanzplatz Schweiz
- Arbeitskreis tourismus & entwicklung
- Ärzte ohne Grenzen (MSF) - Schweiz (*nur die Gesundheitsaspekte*)
- Association pour le Développement des Aires Protégées (ADAP)
- Association Kallpa-Genève
- attac Suisse

- Centrale sanitaire suisse romande (CSSR)
- Centre Europe-Tiers Monde (CETIM)
- Centre de conseils et d'appui pour les jeunes en matière de droits de l'homme (CODAP)
- Coopérative des Jardins de Cocagne (Genève)
- E-CHANGER
- Fédération genevoise de coopération (FGC)
- Gebana
- Genève Tiers-Monde
- Greenpeace Switzerland
- Groupe sida Genève
- Humanrights.ch / MERS
- Millennium Solidarity
- Parti socialiste genevois
- Pharmaciens Sans Frontières Suisse
- Pro Natura
- Schweizerischer Friedensrat SFR
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
- Solifonds
- Syndicat Interprofessionnel de travailleuses et travailleurs (SIT)
- Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung
- terre des homes schweiz
- Uniterre

Unterstützende Organisationen weltweit:

International

- Development Alternatives with Women for a New Era DAWN
- Diverse Women for Diversity
- International Gender and Trade Network IGTN
- International Peoples Health Council (South Asia)
- International South Group Network - Asia
- Third World Network
- World Student Christian Federation
- World YWCA

Argentinien

- Conferencia de Dominicinas de América Latina y El Caribe, Promoción de Justicia y Paz
- Saludeco
- Vida, Si!
- Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos FOCO

Brasilien

- Associação Terra Viva, Mossoro
- Ser Mulher - Centro de Estudos e Ação da Mulher Urbana e Rural -Nova Friburgo
- Frente em Defesa da Amazônia
- Groupe de théâtre Loucas de Pédra Lilas, Recife

Chile

- Fundación Sociedades Sustentables

Costa Rica

- Red de Coordinación en Biodiversidad
- Movimiento de Agricultura Orgánica (MAOCO)

Dominikanische Republik

- Cooperativa de produccion y servicios multiples „La union integral“
- La Multitud Centro Cultural

Ecuador

- Movimiento de Cristianos por la Paz

Europäische Union

- Act Up Paris, France
- AIAB Associazione Italiana per l'Agricoltura Biologica (Italian association for organic farming), Italy
- AITEC International Association of technicians, experts, and researchers, France
- BUKO Agrar Koordination, Germany
- Ecologistas en Acción
- Foundation for Gaia, UK
- Friends of the Earth England, Wales and Northern Ireland
- IGLA (Information Group on Latin America), Austria
- La asociación Paz con Dignidad
- Le Monde selon les femmes asbl, Belgium
- No Patents on Life! Germany
- The Latin America Solidarity Centre (LASC)
- Observatorio de la Deuda en la Globalización
- Project Management Anima Health & Agrobiodiversity
- PROVIEH VgtM e.V. Germany
- Solidarité, France
- Transnational Institute, The Netherlands
- WIDE, Belgium
- WO=MEN, The Netherlands

Kanada

- Polaris Institute

Malaysia

- Monitoring Sustainability of Globalisation (MSN)
- Group of Concerned Citizens

Mexiko

- Equipo Pueblo y la Red Mexicana de Acción Frente al Libre Comercio (RMALC)
- Asociación Latinoamericana de Micro, Pequeños y Medianos Empresarios

Nepal

- Local Initiatives for Biodiversity, Research and Development (LI-BIRD)
- USC

Philippinen

- Resource Center for People's Development

Puerto Rico

- Grupo Shalom

Südkorea

- Korean Alliance against Korea-the U.S. FTA (KoA)

Thailand

- FTA Watch Thailand

USA

- Edmonds Institute Washington

Venezuela

- Union Evangelica Pentecostal Venezolana
- Red de Iglesias Cristianas de Venezuela
- Asociación Civil de Educación y Desarrollo (ACED)

25. Juni 2007